

B E S C H L U S S
der Landesversammlung des Freien Verbandes Deutscher Zahnärzte
am 02.10.2021 in Neumünster

Antragsteller: Landesvorstand

Kurztext: Vergewerblichung der medizinischen Versorgung verhindern

Auswirkungen auf den Haushalt
(unmittelbar erkennbar): keine

Wortlaut des Antrages:

1 Die Landesversammlung Schleswig-Holstein des Freien Verbandes Deutscher
2 Zahnärzte fordert die Abgeordneten des neu gewählten Deutschen Bundestages auf,
3 der weiteren Kommerzialisierung der ambulanten vertragszahnärztlichen Versorgung
4 entgegen zu treten.

5
6 Heilkunde ist kein Gewerbe, darum gehört medizinische Versorgung nicht in die Hände
7 von Kapitalgesellschaften.

8
9

10

11 **Begründung:**

12

13 Freiberuflich selbstständig niedergelassene Zahnärztinnen und Zahnärzte sind Garant
14 für die flächendeckende qualitätsgesicherte Versorgung. Das wurde auch und gerade in
15 der Pandemie erneut unter Beweis gestellt. Die als „Nebeneffekt“ der
16 Vertragsarztrechtsänderung von 2015 (GKV-VSG) möglich gewordenen zahnärztlichen
17 medizinischen Versorgungszentren (Z-MVZ) in der Hand von Kapital-Investoren
18 verändern das Therapieverhalten, weil der „return on investment“ und nicht das
19 langfristige persönliche Zahnarzt/Patientenverhältnis im Vordergrund steht. Damit
20 verteuert und verschlechtert sich die Versorgung, wie aktuelle Abrechnungsdaten
21 belegen.

Abstimmung: einstimmig angenommen